

09.11.2020

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 4545 vom 7. Oktober 2020  
des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD  
Drucksache 17/11442

### **Übergriffe auf NRW's Kommunalpolitiker – wo finden die Opfer die „Hilfe-Hotline“ der Landesregierung?**

#### ***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen sehen sich einer zunehmenden Zahl verbaler und gewalttätiger Anfeindungen ausgesetzt. Laut dem NRW-Innenministerium sind solche Übergriffe seit dem Jahr 2016 um zwei Drittel gestiegen.<sup>1</sup> Wer sich in NRW kommunalpolitisch engagiert, setzt die eigene Gesundheit und die seiner Familien aufs Spiel. Der Gemeindebund NRW nennt diese Entwicklung „gefährlich“.<sup>2</sup>

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul unterstreicht, dass ihn diese Realität in der Kommunalpolitik wütend mache. Diese Form der Gewalt sei auch ein Angriff auf die demokratischen Strukturen, betont Reul.<sup>3</sup> Das NRW-Innenministerium hat Hilfe angekündigt: Eine Telefonhotline soll den betroffenen Opfern als Anlaufstelle dienen. Die Recherche auf der Internetseite des Innenministeriums nach dem versprochenen Hilfsangebot gestaltet sich jedoch schwierig.

**Der Minister des Innern** hat die Kleine Anfrage 4545 mit Schreiben vom 9. November 2020 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung beantwortet.

#### **1. *Wo wurde die Hilfe-Hotline des nordrhein-westfälischen Innenministeriums für bedrohte Kommunalpolitiker veröffentlicht?***

Mit Schreiben des Ministeriums des Innern vom 09.07.2019 wurden der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen, der Landkreistag Nordrhein-Westfalen sowie die Landesverbände der Parteien CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und Die Linke darüber informiert, dass eine Zentrale Ansprechstelle zu polizeilichen Sicherheitsfragen für politische

<sup>1</sup> [https://rp-online.de/nrw/panorama/nrw-mehr-straftaten-gegen-kommunalpolitiker-zahlen-deutlich-gestiegen\\_aid-51971787](https://rp-online.de/nrw/panorama/nrw-mehr-straftaten-gegen-kommunalpolitiker-zahlen-deutlich-gestiegen_aid-51971787)

<sup>2</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/Bedrohungen-gegen-Kommunalpolitiker100.html>

<sup>3</sup> [https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/uebergriffe-auf-kommunalpolitiker-sind-gestiegen\\_aid-51986755](https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/uebergriffe-auf-kommunalpolitiker-sind-gestiegen_aid-51986755)

Verantwortungsträger beim Lagezentrum der Landesregierung unter der Telefonnummer 0211/871-3131 eingerichtet wurde und rund um die Uhr erreichbar ist.

Darüber hinaus wurden am 26.07.2019 alle Kreispolizeibehörden über die Einrichtung der Zentralen Ansprechstelle beim Lagezentrum der Landesregierung sowie über die Verfahrensweise im Falle einer Kontaktaufnahme informiert.

**2. *Wieso wird die Hotline nicht prominent auf den Internetseiten des Innenministeriums und der NRW-Polizei dargestellt?***

Sowohl im Internetangebot des Landeskriminalamtes NRW als auch auf der Internetseite [www.Polizei.nrw.de](http://www.Polizei.nrw.de) unter dem Link <https://polizei.nrw/artikel/praeventionshinweise-fuer-personen-des-oeffentlichen-lebens> ist die Hotline dargestellt.

Ansonsten verweise ich auf die Ausführungen zu Frage 1.

**3. *In wie vielen Fällen wurde die Hotline bisher kontaktiert?***

Bisher (Stand 13.10.2020) hat in elf Fällen eine Kontaktaufnahme mit der Zentralen Ansprechstelle zu polizeilichen Sicherheitsfragen für politische Verantwortungsträger stattgefunden.

**4. *Welche Prozesse schließen sich nach der Kontaktaufnahme der betroffenen Kommunalpolitiker an?***

Nach der Kontaktaufnahme eines politischen Verantwortungsträgers mit der Zentralen Ansprechstelle erfolgt zunächst umgehend die fernmündliche Unterrichtung der zuständigen Kreispolizeibehörde (Wohnortbehörde) mit der Bitte um

- unverzügliche Kontaktaufnahme mit dem Verantwortungsträger
- Benennung eines Ansprechpartners
- Prüfung und ggf. Einleitung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bzw. Strafverfolgung

Im Nachgang hierzu erfolgt die Verschriftlichung des Auftrages an die zuständige Kreispolizeibehörde unter nachrichtlicher Beteiligung des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste NRW und des Landeskriminalamtes NRW.

**5. *Wie viele Übergriffe und Bedrohungen auf Kommunalpolitiker in NRW hat die Landesregierung, seitdem das Hilfe-Telefon seine Arbeit aufgenommen hat, verzeichnet? (Bitte um genaue Auflistung nach Straftatbestand, Ort und Datum)***

Der Begriff „Übergriffe“ ist im Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen der Politisch Motivierten Kriminalität (KPMD-PMK) nicht definiert. Im Rahmen des KPMD-PMK werden seit dem 01.01.2019 politisch motivierte Straftaten gegen Kommunalpolitiker den Unterangriffszielen „Amtsträger“, „Mandatsträger“ und „Kommune“ zugeordnet.

Eine Auswertung dieser Unterangriffsziele ergab, dass seit Einrichtung der Hotline am 26.07.2019 insgesamt 50 Straftaten im KPMD-PMK erfasst wurden (Stand: 14.10.2020), welche sich gegen Kommunalpolitiker richten.

Weitergehende Daten ergeben sich aus der folgenden tabellarischen Aufstellung:

Tattag	Tatort	Zähldelikt	Phänomenbereich
27.07.2019	Düsseldorf	Volksverhetzung	PMK - Rechts
29.07.2019	Borken	Volksverhetzung	PMK - Rechts
29.07.2019	Düsseldorf	Volksverhetzung	PMK - Rechts
29.07.2019	Erkrath	Beleidigung	PMK - Rechts
29.07.2019	Düsseldorf	Beleidigung	PMK - Nicht zuzuordnen
29.07.2019	Düsseldorf	Beleidigung	PMK - Rechts
03.08.2019	Düsseldorf	Volksverhetzung	PMK - Rechts
01.09.2019	Gelsenkirchen	Beleidigung	PMK - Nicht zuzuordnen
26.09.2019	Remscheid	Beleidigung	PMK - Links
29.10.2019	Kreuztal	sonstige Straftaten	PMK - Nicht zuzuordnen
31.10.2019	Neunkirchen	sonstige Straftaten	PMK - Nicht zuzuordnen
06.11.2019	Espelkamp	Beleidigung	PMK - Links
18.11.2019	Datteln	Volksverhetzung	PMK - Rechts
22.11.2019	Hagen	sonstige Straftaten	PMK - Nicht zuzuordnen
24.11.2019	Attendorn	sonstige Straftaten	PMK - Rechts
03.12.2019	Bielefeld	Störung des öffentlichen Friedens	PMK - Rechts
07.01.2020	Gütersloh	Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	PMK - Rechts
09.01.2020	Kirchhundem	Bedrohung	PMK - Rechts
21.01.2020	Zülpich	Bedrohung	PMK - Rechts
30.01.2020	Werl	Bedrohung	PMK - Nicht zuzuordnen
31.01.2020	Bottrop	Beleidigung	PMK - Nicht zuzuordnen
06.02.2020	Bielefeld	Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	PMK - Rechts
06.02.2020	Borgholzhausen	Sachbeschädigung	PMK - Nicht zuzuordnen
13.02.2020	Dortmund	sonstige Straftaten	PMK - Rechts
03.03.2020	Kempen	Beleidigung	PMK - Rechts
05.03.2020	Gelsenkirchen	sonstige Straftaten	PMK - Links
06.03.2020	Düsseldorf	Bedrohung	PMK - Rechts
06.03.2020	Alpen	Sachbeschädigung	PMK - Nicht zuzuordnen
18.03.2020	Rietberg	sonstige Straftaten	PMK - Rechts
19.03.2020	Gelsenkirchen	Störung des öffentlichen Friedens	PMK - Nicht zuzuordnen
22.03.2020	Hagen	sonstige Straftaten	PMK - Nicht zuzuordnen
24.03.2020	Essen	Beleidigung	PMK - Rechts
29.03.2020	Recklinghausen	Nötigung	PMK - Nicht zuzuordnen
12.04.2020	Monheim	Beleidigung	PMK - Rechts
12.04.2020	Monheim	Beleidigung	PMK - Nicht zuzuordnen
13.04.2020	Düsseldorf	Beleidigung	PMK - Rechts

13.04.2020	Monheim	Beleidigung	PMK - Rechts
17.04.2020	Solingen	sonstige Straftaten	PMK - Rechts
08.05.2020	Marl	Bedrohung	PMK - Rechts
15.05.2020	Köln	Bedrohung	PMK - Links
16.06.2020	Köln	sonstige Straftaten	PMK - Rechts
17.06.2020	Dormagen	Beleidigung	PMK - Links
24.06.2020	Köln	Bedrohung	PMK - Nicht zuzuordnen
30.06.2020	Nachrodt-Wiblingwerde	Volksverhetzung	PMK - Rechts
01.07.2020	Nachrodt-Wiblingwerde	Bedrohung	PMK - Rechts
06.07.2020	Nachrodt-Wiblingwerde	Sachbeschädigung	PMK - Rechts
28.07.2020	Geldern	Beleidigung	PMK - Links
03.08.2020	Düsseldorf	Bedrohung	PMK - Nicht zuzuordnen
17.08.2020	Witten	Sachbeschädigung	PMK - Nicht zuzuordnen
12.09.2020	Bad Laasphe	Nötigung	PMK - Nicht zuzuordnen